

Nr. 71 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 18. April 1895*RS. (und RK.)*

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Fürst zu Windisch-Grätz (24. 4.), der kgl. ung. Ministerpräsident Freiherr v. Bánffy (o. D.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (25. 5.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister GdK. v. Krieghammer (o. D.), der k. k. Ackerbau-minister Graf Falkenhayn (o. D.), der k. k. Finanzminister v. Plener (o. D.), der kgl. ung. Finanzminister Lukács (10. 5.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Baron Josika (o. D.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (28. 4.).

Protokollführer: Sektionsrat v. Jettel.

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1896.

KZ. 37 – RMRZ. 387

Protokoll des zu Wien am 18. April 1895 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung mit der Mitteilung, daß er bereit sei, dem gestern von den beiden Finanzministern geäußerten Wunsche entsprechend, die Erhöhung im Präliminare des Ministeriums des Äußern unter Vorbehalt der Durchführung im Detail auf die Summe von 100 000 fl. und einen Bruchteil herabzumindern, was dadurch erreicht würde, daß die Aktivierung der Konsulate in Algier, Kalkutta, Tiflis und Rostow vorläufig zurückgestellt und die in Aussicht genommene Aufbesserung der Bezüge erst im zweiten Halbjahre 1896 durchgeführt wird. Er bitte somit um die Ermächtigung, das Präliminare des Ministeriums des Äußern in runder Summe um den Betrag von 100 000 fl. höher zu stellen als im Vorjahre.

Die beiden Finanzminister erklären sich hiemit einverstanden.

Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck macht davon Mitteilung, daß im Sinne der gestrigen Beschlüsse die Mehrforderung im Marinebudget um den Betrag von 25 230 fl. herabgesetzt wurde, so daß sich das Präliminare im Ordinarium und Extraordinarium zusammen auf 13 481 260 fl. stellt, somit genau um 500 000 fl. höher als im Vorjahre.

Der kgl. ung. Finanzminister Lukács kommt auf die Frage des der Marineverwaltung aus den Zentralaktiven zu gewährenden außerordentlichen Zuschusses von 1 000 000 Gulden zurück und schlägt vor, es möge der betreffende Nachtragskredit nicht schon von den diesjährigen, sondern erst von den im nächsten Jahre zusammentretenden Delegationen angefordert werden, was umso weniger Schwierigkeiten begegnen dürfte, als nach einer Äußerung des k. u. k. Marinekommandanten die letzte Rate der in Aussicht genommenen Schiffsbauten ohnehin erst im Februar 1896 fällig wird. Dieser Vorgang empfehle sich vor allem deshalb, weil vor der nächsten Delegation ohnehin die bedeutende Überschreitung in den Heeresauslagen des Jahres 1893 zu vertreten sein werde.

Ein vom k. u. k. Marinekommandanten mitgeteilter Entwurf der

in Rede stehenden Vorlage an die Delegationen ist dem gegenwärtigen Protokolle beigeschlossen.

Der kgl. ung. Ministerpräsident Baron Bánffy hielt es auch seinerseits aus politischen Gründen und da es sich außerdem um die prinzipielle Frage der Heranziehung der ^agemeinsamen Aktiven^a für derartige Zwecke handle, für zweckmäßiger, wenn der Nachtragskredit von den Delegationen erst im nächsten Jahre angesprochen würde. Die ungarische Regierung hätte aber nichts dagegen einzuwenden, daß der gemeinsame Finanz^bminister der Marineverwaltung die nötigen Beträge nach Bedarf auch vor der Einholung der legislativen Genehmigung flüssig mache.

Der k. k. Finanzminister Edler v. Plener hält es nicht für zulässig, die Regelung der Angelegenheit noch länger hinauszuziehen. Der Beschluß, der Marineverwaltung aus den Zentralaktiven einen außerordentlichen Zuschuß zu gewähren, sei schon im vorigen Jahre gefaßt worden, und nun werde die Sache neuerdings auf das nächste Jahr verschoben. Redner macht darauf aufmerksam, daß nach den Anträgen der Marineverwaltung der außerordentliche Kredit von einer Million Gulden für den Bau eines Torpedojägers und eines Rammkreuzers (D) verwendet werden solle. Für dieses letztere Schiff sei die erste Baurate pr. 200 000 fl. auch bereits in das diesjährige Budget eingestellt, und wenn die Delegation diese Post annimmt, erscheine der Bau damit bewilligt. Das mit den Zentralaktiven getroffene Arrangement würde den Delegationen aber erst bei Inanspruchnahme der zweiten Rate mitgeteilt.

Der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay findet den Wunsch der ungarischen Regierung, die Einbringung der Vorlage hinauszuschieben, gerechtfertigt. Die parlamentarischen Verhältnisse in Ungarn seien keineswegs so erfreuliche, um kurz vor Schluß der Session an den Reichstag mit einer Geldforderung heranzutreten, welche zu unangenehmen Debatten Anlaß geben und noch im Herbst ihre Nachwirkungen äußern kann. Es sei zu hoffen, daß die Situation sich bessern werde, so daß man in einer späteren Periode mit einer solchen Vorlage eher an den Reichstag herantreten könne. Redner hielte es für angezeigt, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen und dem Wunsche der ungarischen Regierung soweit als möglich entgegenzukommen.

Der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Freiherr v. Josika weist darauf hin, daß der ungarischen Regierung von der Opposition ohnehin stets vorgeworfen werde, sie sei bei der Feststellung des gemeinsamen Budgets zu nachgiebig, und daß es deshalb nicht opportun wäre, ihr neuen Anlaß zu Angriffen zu geben. Redner regt übrigens die Frage an, ob in das diesjährige Budget nicht auch eine erste Rate für den im Bau begriffenen Torpedojäger eingestellt und zu diesem Zwecke der für den Rammkreuzer angeforderte Betrag von 200 000 fl. geteilt werden könnte.

Der k. k. Finanzminister Edler v. Plener hielte es für korrekter, die Angelegenheit schon in der diesjährigen Delegation zu regeln, da sich

^{a-a} *Korrektur Josikas aus Zentralaktiven.*

^b *Korrektur Josikas aus Reichsfinanz.*

ähnliche Bedenken auch im nächsten Jahre ergeben könnten und dann nichts übrigbleiben würde, als den ganzen Plan aufzugeben, konformiert sich aber schließlich mit Rücksicht auf die vorgebrachten parlamentarischen Rücksichten dem Wunsche der ungarischen Regierung, hält es aber jedenfalls für zweckmäßig, im Sinne des Antrages des kgl. ung. Ministers am Ah. Hoflager vorzugehen.

Der k. u. k. Marinekommandant Freiherr v. Sterneck erklärt sich hiemit auch seinerseits einverstanden und proponiert, die Anforderung für den Rammkreuzer D (Titel VI, Post 4 des Extraordinariums) auf 130 000 fl. zu reduzieren und unter Titel VI des Ordinariums als neue Post 3 eine erste Rate von 70 000 fl. für den Torpedojäger einzustellen.

Nachdem die Konferenz diesen Anträgen ihre Zustimmung erteilt hatte, konstatiert der Vorsitzende, daß rücksichtlich sämtlicher Punkte die Übereinstimmung hergestellt sei, und erklärt die Sitzung für geschlossen.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Lainz, 13. Mai 1895. Franz Joseph.

Nr. 71a Vorlage des gemeinsamen Ministeriums an die Delegation des hohen Reichsrates wegen Bewilligung eines Nachtragskredits zum außerordentlichen Erfordernisse der Kriegsmarine für das Jahr 1895

Beilage zum GMRProt. v. 18. 4. 1895, RMRZ. 387

Die Dringlichkeit des Ausbaues der Flotte läßt es der gemeinsamen Regierung notwendig erscheinen, der Marineverwaltung für diesen Zweck noch im Jahre 1895 einen außerordentlichen Zuschuß von 1 000 000 fl. (hievon 470 000 fl. in Gold) in Form eines Nachtragskredits zuzuwenden.

Die Bedeckung dieses Betrages wurde von den Regierungen der beiderseitigen Staatsgebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie aus den Aktiven der bestandenen Zentralfinanzen unter Vorbehalt der Zustimmung der hiezu berufenen Vertretungskörper in Aussicht gestellt.

Es wird daher ersucht, die hohe Delegation wolle in Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse beschließen:

Zum Voranschlage über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen für das Jahr 1895 wird folgender, aus den gemeinsamen Zentralaktiven zu bedeckender Nachtragskredit bewilligt:

Kapitel II Kriegsministerium
B Kriegsmarine

Außerordentliches Erfordernis zu Titel VI, Subtitel C, Post 5 (neu) für die Beschaffung eines Torpedofahrzeuges (Torpedojäger) von 490 Tonnendeployment samt kompletter Ausrüstung und Armierung	527 000 fl.
wovon 470 000 fl. Gold	
Post 6 (neu) für den sofortigen Beginn des im Marinevoranschlage für das Jahr 1896 im Extraordinarium zu Titel VI, Subtitel C, Post 4 beantragten Baues eines Rammkreuzers („D“) von 6100 Tonnendeployment im approximativen Kostenvoranschlage von 3 800 000 fl. den Betrag von	473 000 fl.
Zusammen	<u>1 000 000 fl.</u>

Nr. 72 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 18. April 1895

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. u. k. gemeinsame Minister des Äußern Graf Kálnoky (o. D.), der k. k. Ministerpräsident Fürst zu Windisch-Grätz (o. D.), der kgl. ung. Ministerpräsident Baron Bánffy (o. D.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (1. 5.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsmminister GdK. Edler v. Krieghammer (o. D.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (o. D.), der k. k. Finanzminister Edler v. Plener (o. D.), der kgl. ung. Finanzminister Lukács (10. 5.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Baron Josika (o. D.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck.

Protokollführer: Sektionsrat v. Jettel.

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1896.

KZ. 39 – RMRZ. 388

Protokoll des zu Wien am 18. April 1895 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen zunächst Allerhöchstseine Befriedigung auszusprechen über die klaren Auseinandersetzungen des k. u. k. Ministers des Äußern bezüglich der auswärtigen Situation und dankend anzuerkennen, daß derselbe trotz der gegenwärtig vorherrschenden sehr friedlichen Aussichten doch die Notwendigkeit der weiteren Entwicklung der militärischen Anforderungen betont hat. Die vom Grafen Kálnoky am Schlusse seiner Ausführungen ausgesprochene Hoffnung, daß es in absehbarer Zeit möglich sein werde, von diesen Anforderungen abzusehen, vermögen Se. k. u. k. apost. Majestät nicht zu teilen, so wünschenswert dies auch wäre. Wenn nicht von seiten Rußlands in den Rüstungen Einhalt getan wird, werde es wohl noch durch längere Zeit notwendig sein, in der Weiterentwicklung der Wehrmacht fortzuschreiten.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen sonach die Ausführungen des k. k. Finanzministers im gestrigen Ministerrate zur Sprache zu bringen, wonach die